

100 % NEIN ZUM NETZRÜCKKAUF

100 % Unterstützung der Arbeitnehmerinteressen

Am 22. September wird in Hamburg auch über die Energienetze entschieden. Damit bestimmen die wahlberechtigten Hamburgerinnen und Hamburger indirekt auch über die Zukunft der Einkommens- und Arbeitsbedingungen der in der Energiebranche und den energieempfindlichen Bereichen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Dieser Zusammenhang kommt in den Darstellungen der Initiative „Unser Hamburg - Unser Netz“ kaum vor. Stattdessen wird ständig der Eindruck erweckt, dass der vollständige Netzurückkauf (sog. Rekommunalisierung) für die erfolgreiche



Umsetzung der Energiewende in Hamburg von zentraler Bedeutung sei. Die Betriebsräte und Vertrauensleute aus der Energiebranche sowie den energieempfindlichen Betrieben Hamburgs von ver.di, der IG Metall sowie der IG BCE haben auf ihrem Wilhelmsburger Energiedialog diese Form der Argumentation als das bezeichnet, was es ist - sachlich falsch und irreführend.

Hier wird von der Netzinitiative der Versuch gemacht, die hohen Zustim-

mungswerte für die Energiewende in der Bevölkerung zum Ausgleich der Begründungsdefizite für die geforderte Rekommunalisierung der Hamburger Energienetze zu missbrauchen.



v.l.n.r. Renate Hold (GBR-Vorsitzende Aurubis), Thies Hansen (GBR-Vorsitzender E.ON Hanse AG), Rainer Kruppa (KBR-Vorsitzender Vattenfall

„Wir wenden uns nicht generell gegen Maßnahmen zur Rekommunalisierung, halten die Position bezogen auf den geforderten vollständigen Netzurückkauf jedoch für völlig falsch. In dem verabschiedeten Positionspapier haben sich die 140 Betriebsräte und Vertrauensleute mit überwältigender Mehrheit für eine nachhaltige, realistische und arbeitsplatzschaffende Energiewende ausgesprochen.“

Auszug aus der Wilhelmsburger Erklärung

... Aus Sicht der Betriebsräte und Vertrauensleute ist ein vollständiger Netzzrückkauf durch die Stadt Hamburg, so wie es die Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“ anstrebt, u.a. aus den nachfolgenden Gründen nicht überzeugend.

Schon nach den geltenden Regelungen ist es so, dass kein Netzbetreiber – ob privat oder öffentlich – bestimmen kann, welcher Strom durch sein Netz fließen darf. Vielmehr gilt schon jetzt für alle Netzbetreiber gleichermaßen, dass Strom aus erneuerbaren Energien jeweils Vorrang hat. Insofern geht von einem vollständigen Netzzrückkauf keine zusätzliche Steuerungswirkung für eine nachhaltige Energiewende aus. Auch die Inaussichtstellung sinkender Energiepreise ist wenig realistisch, denn die enormen Finanzierungskosten – 2 Mrd. Euro – werden eher nicht zu sinkenden Strompreisen führen, ggf. aber zusätzliche Kosteneinsparungen beim Personal auslösen. Außerdem gibt es keine Garantie dafür, dass ein Hamburg-eigener Netzbetreiber bei der anstehenden Konzessionsvergabe auch den Zuschlag erhalten würde. Dieses Szenario hätte unkalulierbare Folgen für die Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Für uns Betriebsräte und Vertrauensleute ist jedoch die Absicherung der Arbeits- und Einkommensbedingungen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer von herausragender Bedeutung. Dies betrifft u.a. die Sicherung aller Arbeitsplätze, auch der Arbeitsplätze in den verbleibenden Betrieben, den Schutz vor einer Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, den dauerhaften Erhalt der bestehenden Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung, die Fortführung der vorhandenen Standortsicherungsverträge sowie der vorhandenen Ausbildungskapazitäten einschließlich der bestehenden Übernahmeregelung sowie die Absicherung notwendiger Investitionen in die Netze. Diese Aspekte werden, nicht zuletzt aufgrund der Aktivitäten der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Energiebranche, durch die derzeit bestehenden Gesamtregelungen unterstützt.

Wir, die Betriebsräte und Vertrauensleute aus der Energiebranche und den energieempfindlichen Anwendungsbereichen, sprechen uns nicht gegen Rekommunalisierungsmaßnahmen im Grundsatz aus. Aber aus Verantwortung für die Absicherung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen in der Energiebranche bzw. in den energieempfindlichen Anwendungsbereichen Hamburgs bitten wir alle wahlberechtigten Hamburgerinnen und Hamburger um eine entsprechende Unterstützung durch die Ablehnung des Volksentscheides. ...



Betriebsräte und Vertrauensleute am 30.08.2013 beim Wilhelmsburger Energiedialog

UNSERE BITTE

100 % NEIN ZUM NETZRÜCKKAUF